

Platz abbeck

Sonderausgabe für den Rat 19.3.2002

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Haushaltsrede 2002 der PDS/Offene Liste durch MdR Sengül Senol am 19. März 2002

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

Die Kölner Bevölkerung ist von der gegenwärtigen Müllkorruption erschüttert.

Es besteht der Tatverdacht, dass eine politische Entscheidung korrumpiert worden ist. Partei- und gegebenenfalls sogar Privatinteressen wurden vor Bürgerinteressen gestellt. Das Ansehen der Stadt Köln hat in den letzten Tagen in dieser Republik stark gelitten.

Die Müllverbrennungsanlage ist vollkommen überdimensioniert konzipiert worden. Mehr als die Hälfte der Bürger in Nordrhein-Westfalen haben deshalb vier Jahre zu hohe Müllgebühren gezahlt. Die Anlage, vom Unternehmen Steinmüller gebaut, kostete rund fünfundsiebzig Millionen Euro mehr als eine vergleichbare Anlage der Konkurrenz. Ein Mitbewerber der Firma Trienekens hat 20 Millionen Euro mehr für seine Beteiligung an den Kölner Abfallwirtschaftsbetrieben geboten als Trienekens. Trotzdem bekamen Steinmüller und Trienekens den Zuschlag!

Skandalöserweise fand lediglich eine „eingeschränkte“ Ausschreibung statt!

Manager der Firma Steinmüller haben Gelder in Höhe von 14,5 Millionen Euro zu Schweizer Briefkastenfirmen transferiert. Ein Teil ist beschlagnahmt, ein Teil an Entscheidungsträger der AVG geflossen. Die stolze Summe von circa 3,5 Millionen Euro sind nach wie vor „verschwunden“. Es ist nun unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, den Verbleib dieser 3,5 Millionen Euro aufzuklären.

Und was ist mit der Spende von Herrn Trienekens an Herrn Rütger? Mehrere dutzend Parteimitglieder sollen mitgeholfen haben, diese zu waschen! Heute will keiner in der SPD etwas davon gewusst haben! Wie ist dies erklärbar?

Es müssen daher die Namen sämtlicher Personen an die Öffentlichkeit, die Herrn Rütger und Herrn Biciste bei der Verschleierung der Trienekens-Spende geholfen haben.

Interessant ist auch die Rolle führender Repräsentanten der Kölner CDU und FDP. Herr Professor Bietmann war Anwalt der Firma Trienekens. Ein Bundestagskandidat der CDU für Köln ist Geschäftsführer der Firma Trienekens. Die Firma von Herrn Sterck arbeitet mit der Firma Trienekens ebenfalls zusammen.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die gegenwärtige politische Klasse insgesamt ist erschüttert. Sollten sich vergleichbare

Korruptionen wiederholen, ist damit zu rechnen, dass aus einer Politikverdrossenheit Systemverdrossenheit wird.

Die Grossen werden geschont, das Tafelsilber wird „verramscht“ und bei den Kleinen wird gekürzt; damit lässt sich der vorgelegte Haushaltsplan auf einen Nenner bringen.

Meine Damen und Herren,

in dieser Situation geben Sie mit Ihrem Haushaltsentwurf das falsche Signal! Das Haushaltsloch soll durch die Verschleierung von städtischem Vermögen gestopft werden. 42.000 GAG/Grubo-Wohnungen sollen verkauft werden. Damit wurde das Bankhaus Oppenheim betraut. Es stellt schon eine politische Instinktilosigkeit ersten Ranges dar, wenn nunmehr bekannt wird, dass dieses Bankhaus 100.000 Euro an die Kölner CDU gespendet hat. In Anbetracht des gegenwärtigen Skandals können solche Meldungen nur zu einer weiteren Verunsicherung der Kölner Bürgerinnen und Bürger führen.

Deswegen fordern wir den sofortigen Stopp aller Privatisierungsprojekte!

Der Verkauf der Wohnungen wird zwangsläufig zu Mietsteigerungen führen. Die Stadt Köln hätte keinen kommunalen Wohnungsbestand mehr. Sie könnte nicht mehr mit Wohnungsvergabe in soziale Brennpunkte eingreifen. Eine Zunahme der Obdachlosigkeit wäre die Folge. Das Belegungsrecht kann von den Käufern jederzeit ausgehebelt werden.

Die Privatisierung der GAG/Grubo stellt lediglich einen weiteren Schritt in Richtung Ausverkauf städtischen Eigentums dar. Wie die Diskussion um die städtischen Krankenhäuser zeigt, sind weitere Privatisierungen zu erwarten. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Schatzmeister von CDU und FDP wieder auf grosszügige Spenden freuen können!

Meine Damen und Herren,

nach unserer Auffassung stellt es eine unseriöse Haushaltspolitik dar, ein Haushaltsdefizit durch Privatisierungserlöse zu stopfen. Herr Bietmann, Herr Sterck, das berühmte Tafelsilber kann nur einmal veräußert werden.

Das voraussichtliche Haushaltsloch für das Jahr 2002 ist auf über 200 Millionen Euro gestiegen. Die Hauptursache liegt darin, dass die Gewerbesteuererinnahmen regelrecht weggebrochen sind. Die letzte Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung ermöglicht es, dass die Grossindustrie durch Abschreibungsmög-

lichkeiten ihre Steuerpflicht massiv senken kann. Dieser Fehlentwicklung muss entgegengewirkt werden.

Zur Reduzierung des vorliegenden Haushaltsdefizits fordern wir auch dieses Jahr, eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer konkret zu prüfen. Der Wirtschaft in Köln wird eine hervorragende Infrastruktur geboten. Die Wirtschaft muss daher eine angemessene Gegenleistung erbringen. Durch hohe Freibeträge werden Kleinunternehmen nicht belastet. Wir erinnern an die Anregung des Regierungspräsidenten, die Grundsteuer zu erhöhen.

Meine Damen und Herren,
ein weiteres Anzeichen für die Hilfs- und Konzeptionslosigkeit der Ratsmehrheit, das Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen, ist es, die Zahl der Sozialhilfeempfänger rein fiktiv runterzurechnen. Sollte die Zahl tatsächlich nicht verringert werden können, räumen Sie, Herr Professor Bietmann, selber ein, „müsse halt ein Nachtragshaushalt her.“

Sie, Herr Professor Bietmann, verschieben somit die Probleme, statt sie zu lösen!

Zudem erhöhen Sie, Herr Professor Bietmann, mit Ihren Vorschlägen den Druck auf die Sachbearbeiter in den Sozialämtern, den Hilfeempfängern ihre berechtigten Ansprüche vorzuenthalten. In diesem Kontext muss auch Ihr Bestreben, Herr Bietmann, verstanden werden, die einmaligen Leistungen für Sozialhilfeempfänger zu kürzen. Von 1999 bis heute sind die einmaligen Leistungen um 60 Euro für jeden Hilfsbedürftigen gekürzt worden. Was Sie hier betreiben, Herr Professor Bietmann, ist eine Politik der sozialen Kälte.

Meine Damen und Herren,
auch in Zeiten knapper Kassen muss es vor dem Hintergrund wachsender Politik- und Systemverdrossenheit unsere Aufgabe sein, die zukünftige Entwicklung unserer Stadt zu gestalten.

Meine Damen und Herren,
das Hauptaugenmerk muss daher auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft gerichtet werden.

Der schiefe Turm von Pisa ist ein zutreffendes Bild vom schlechten Zustand des deutschen Bildungssystems.

Das gegenwärtige Schulsystem ist nicht in der Lage, soziale Benachteiligungen aufzufangen. Daher fordern wir den flächendeckenden unverzüglichen Ausbau von Ganztagschulen, um eine individuelle Hausaufgabenhilfe zu gewährleisten. Zudem fördern wir den Ausbau der Gesamtschulen. Im internationalen Vergleich schneiden Staaten am besten ab, bei denen alle Schüler bis zur zehnten Klasse in einer Schule gemeinsam unterrichtet werden.

Weiterhin haben die Kinder mit Migrationshintergrund überproportional grössere Sprachprobleme. Oftmals werden sie ohne Deutschkenntnisse eingeschult. Ihr Scheitern im deutschen Schulsystem ist damit vorprogrammiert. Der Schulentwicklungsplan belegt, dass sich in acht Jahren die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund auf 32 Prozent erhöhen wird. Wir stehen somit noch vor ganz erheblichen Integrationsherausforderungen.

Seit Jahren fordern wir eine erhebliche Erhöhung der Sprachförderung für Migranten sowie eine Verstärkung von Integrationsmassnahmen. Ansonsten machen wir uns mitschuldig am Scheitern ganzer Generationen von Migranten.

Meine Damen und Herren,
die Zukunftschancen unserer Kinder entscheiden sich nicht erst in der Schule. Auch Krabbelgruppen, Kindergärten und Horte spielen für die Sozialisierung der Kinder eine entscheidende Rolle. Völlig unverständlich sind daher die Pläne, die Ausgaben in diesem Bereich um 3,5 Millionen Euro zu kürzen. Die Zahl der Kinder ist nicht rückläufig. Die Versorgung mit Hortplätzen ist bereits gegenwärtig unzureichend. Wir fordern daher die vollständige Rücknahme der Kürzungen!

Meine Damen und Herren,
ein weiteres wichtiges Anliegen der PDS/Offene Liste ist der Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Abzulehnen ist eine Kürzung der Haushaltsstelle „Aktionsprogramm gegen Rechts“ in Höhe von einer halben Million Euro. Zudem stellt es eine inakzeptable Verschiebung von Haushaltsmitteln dar, in Höhe der gekürzten Summe für jeden Stadtbezirk einen „Müllschnüffler“ einzusetzen.

Zudem muss Antidiskriminierungsarbeit stärker unterstützt werden.

Meine Damen und Herren,
wir, die PDS/Offene Liste, wenden uns als Antikriegspartei nicht nur gegen den Terrorangriff auf das World-Trade-Center, sondern auch gegen die anschliessenden NATO-Einsätze. Daher lehnen wir eine Patenschaft mit dem Zerstörer der Bundesmarine, der „Köln“, entschieden ab.

Meine Damen und Herren,
ein weiterer Schwerpunkt der PDS/Offene Liste ist eine humane Flüchtlingspolitik. Der vorliegende Haushaltsplan beabsichtigt, über eine Million Euro für die Anmietung von Containern auf dem ehemaligen CFK-Gelände zu verschleudern. Die Stadt verfolgt damit lediglich eine knallharte Abschreckungspolitik, die den Rassismus schürt.

Dies zeigt sich auch deutlich darin, den Flüchtlingen Sachleistungen statt Geld zuzuweisen. Aufgrund einer Anfrage von uns steht fest, dass die Kosten für die Sachleistungen um rund 100 Euro pro Flüchtling teurer sind als die Auszahlung von Geldmitteln.

Deshalb fordern wir die Auflösung des Containerlagers und die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge. Weiterhin fordern wir Geldzahlungen statt Sachleistungen!

Köln soll ein Vorbild für ein humanes und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen jeglicher Herkunft und Kulturen werden.

Meine Damen und Herren,
nach dem Soziologen Pierre Bourdieu ist es Aufgabe der Politik, „nicht zu bemitleiden, nicht aufzustacheln oder anzuprangern, aber jenen öffentlich zur Sprache zu verhelfen, die die Sprache verloren haben.“

In diesem Sinne verstehe ich meinen Redebeitrag als Sprachrohr zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr Demokratie.